

Februar 2006

Ausgabe 1  
16. Legislatur



Liebe Freundinnen und Freunde,  
in den letzten Wochen bröckelt das Konsensbild der Merkel-Truppe. Die ersten Risse im Lack sind deutlich zu erkennen. Nachdem jetzt die Sachdebatten und Probleme auf dem Tisch liegen, wird erkennbar, dass die CDU/SPD-Koalition zwei schlechte Traditionen zusammenführt: das Aussitzen eines Helmut Kohl und das hektische Nachbessern eines Gerhard Schröder. Grund genug für Bündnis 90/Die Grünen den Finger in die Wunde zu legen und Alternativen aufzuzeigen. In diesem Südwest-Grün findet Ihr daher Beiträge zu ausgewählten Themenbereichen, die hier zur Zeit eine besonders große Rolle spielen.



Für die kommenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg gilt: die Bundespolitik wird Einfluss auf das Wahlergebnis haben. Aber auch das Wahlergebnis in Baden-Württemberg wird großen Einfluss auf unsere Möglichkeiten in Berlin haben. Unser gemeinsames Ziel ist es, Bündnis 90/ Die Grünen in Baden-Württemberg zu stärken um unsere politischen Vorstellungen im Land und im Bund mit Nachdruck zu vertreten. Gerade das Rumgewurstel der großen Koalition bei Atomenergie, Gentechnik, Verbraucherschutz und Friedenspolitik zeigt, dass eindeutig unsere grünen Konzepte gefragt sind.

Die grüne Landesgruppe Baden-Württemberg im Bundestag wünscht Euch viel Kraft für die anstehende heiße Wahlkampfphase. Wenn ihr Unterstützung und Informationen braucht, stehen wir Euch gerne zur Verfügung.

Lasst uns alle für ein starkes bündnisgrünes Ergebnis kämpfen!

Euer Alex Bonde

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg



**Bundestagsfraktion**

Kerstin Andreae	S. 2
Biggi Bender	S. 4
Alex Bonde	S. 6
Uschi Eid	S. 8
Winne Hermann	S. 10
Sylvia Kotting Uhl	S. 12
Fritz Kuhn	S. 14
Gerhard Schick	S. 16
Impressum	S. 18

## Kerstin Andreae

### Kinder besser fördern!

Die große Koalition entdeckt die frühkindliche Förderung. „Bildung und Betreuung für alle von Anfang an: Die entscheidenden Weichen für die Entwicklung eines Kindes werden am Anfang gestellt. Deshalb machen wir uns dafür stark, alle Kleinkinder besser und individuell zu fördern“, so steht es im Koalitionsvertrag von CDU und SPD. Späte Erkenntnis, aber immerhin! Wie das in der Praxis aussieht, führt die Große Koalition der erstaunten Öffentlichkeit nun Woche für Woche vor.

Ein Knackpunkt ist die steuerliche Förderung von Kinderbetreuungskosten, wie sie auf der Koalitionsklausur in Genshagen beschlossen wurde. Nach dem jüngsten Vorschlag der Großen Koalition können zukünftig Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, rückwirkend vom 1. Januar an die Kosten für die Betreuung ihrer Kinder bis 14 Jahre vom ersten Euro an steuerlich absetzen - aber nur zwei Drittel der aufgewandten Beträge bis zu einer Höchstgrenze von 4000 Euro.

Familien mit nur einem berufstätigen Elternteil können die Betreuungskosten für ihre drei- bis sechsjährigen Kinder nach den gleichen Kriterien steuermindernd geltend machen.

Zusätzliche Verwirrung stiftete der Vorschlag von Bundesministerin von der Leyen, die Kommunen

sollten zukünftig auf Kindergarten- und Kitagebühren verzichten. Jedoch: Wer diese familienpolitische Wohltat finanzieren sollte, blieb bei der Familienministerin offen. Die Kommunen jedenfalls wiesen den Vorschlag umgehend als nicht finanzierbar zurück.

Die Idee der Gebührenfreiheit von Kinderbetreuungseinrichtungen ist grundsätzlich ein interessanter Vorschlag.

Allerdings hat für uns der Ausbau von frühkindlichen Kinderbetreuungseinrichtungen absolute Priorität. Es ist ein Unding, dass in vielen Bundesländern keine ausreichenden Angebote für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren vorgehalten werden.

Vor allem das ach so kinderfreundliche Baden-Württemberg hat da enormen Nachholbedarf. Außerdem muss die Qualität in den Kitas angehoben werden.

Die frühkindliche Pädagogik und Bildung in Deutschland soll endlich europäisches Niveau erreichen.



Mitglied im  
Finanzausschuss

Aus der vergangenen Legislatur wissen wir Grüne sehr genau, wie schwierig es ist, den Kommunen die finanziellen Mittel zum Ausbau der Kinderbetreuung zielgerichtet zukommen zu lassen. Gemeinsam mit Matthias Berninger habe ich einen Vorschlag entwickelt, wie man die Frage der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen mit einem nachfrageorientierten Ansatz zum Ausbau der Infrastruktur verknüpfen kann.

In erster Linie geht es um die Kinder. Sie sollen in Kindergärten, Kitas oder auch bei Tagesmüttern zusammen mit anderen Kindern gefördert werden. Wir plädieren dafür, die Aufwendungen für Kindergärten, Tagesmütter und privater Kinderbetreuung mit der Steuerschuld zu verrechnen. Eine solche Lösung ist einfacher und verständlicher, als der von der großen Koalition gewählte Ansatz, Ausgaben als Werbungskosten einzustufen.

Der Vorschlag ist simpel: 40 Prozent von maximal 3000 Euro Kosten für Kinderbetreuung sollen angerechnet werden können, also maximal 1200 Euro. Alle Eltern können diese Möglichkeit bis zum vollendeten 10. Lebensjahr ihrer Kinder nutzen. Diese Regelung hätte den Vorteil, dass ein ganzer Strauß verschiedener Regelungen zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten je nach Erwerbs- oder sonstiger Lebenssituation der Eltern überflüssig würde.

Darüber hinaus hätte der Vorschlag den Vorteil, dass der damit verbundene steuerliche Vorteil nicht mehr von der Höhe des Einkommens (progressionsabhängig), sondern ausschließlich vom Umfang der Kinderbetreuungskosten abhängig ist.

Für Haushalte mit kleinem Einkommen wirkt der Steuerabzug in Höhe von 1200 Euro sogar proportional stärker als bei großen Einkommen. Das bedeutet mehr Gerechtigkeit und Zielgenauigkeit, nämlich die Förderung der Kinderbetreuung.

Mit diesem Vorschlag greifen wir grüne Forderungen auf und verbinden sie. Wir unterstützen wirkungsvoll Eltern mit kleinem Einkommen, die Kinderbetreuung in Anspruch nehmen wollen. Und wir fördern gezielt den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Damit kommen wir unserem Ziel ein gutes Stück näher, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bringen. .

Das Autorenpapier über die steuerliche Förderung von Kinderbetreuung stet auf meiner Homepage oder kann über mein Büro in Berlin angefragt werden.

## Biggi Bender

### Vor der Wahl Versprechen – nach der Wahl ein steuer- und sozialpolitischer Scherbenhaufen

Vor der Wahl tönnten die Schwarzen „Mehrwertsteuer rauf - Lohnnebenkosten runter“. Die Roten zogen lauthals gegen die ungerechte „Merkelsteuer“ ins Feld.

Der Koalitionsvertrag spricht da ganz andere Worte: Die Mehrwertsteuer steigt - nicht nur um die von der Union angekündigten zwei, sondern gleich um drei Prozent – da hat Schwarz-Rot ordentlich zugehakt. Die angekündigte Senkung der Lohnnebenkosten findet dagegen nicht statt:

- Zum 1.1.2007 ist die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge von 19,5% auf 19,9% geplant.

- Der gerade erst von Rot-Grün eingeführte Steuerzuschuss zur Krankenversicherung (ca. 4 Mrd. Euro) wird gestrichen und die Kürzung des Steuerzuschusses in der Rentenversicherung (um ca. 3,5 Mrd. Euro) ist angekündigt. Das heißt, der Bundeshaushalt wird zu Lasten der Sozialversicherungen saniert.

Diese Milliarden fehlen dort. Zwei Reaktionen sind theoretisch denkbar: Eine Kürzung der Leistungen, um die Ausgaben zu senken oder die Erhöhung der Beiträge, um die Einnahmen zu erhöhen. Konkrete Konsequenz dürften höhere Beiträge sein – notwendig ist eine Steigerung um insgesamt etwa 0,75 Prozentpunkte.

- Was bleibt ist die Ankündigung, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 2007 um zwei Prozentpunkte senken zu wollen. Die Finanzierung dieses Vorschlags bleibt nebulös. Ein Prozentpunkt soll über die Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden.

Mit dieser Preissteigerung würgt man jedoch die gerade wieder anspringende Konjunktur

ab. Zur Finanzierung des zweiten Prozentpunktes heißt es kryptisch, dass „Effizienzreserven“ erschlossen werden. Bezogen auf den aktuellen Beitragssatz von 6,5% bedeutet dies Einsparungen von 15% der Ausgaben.

Soll dies ohne negative Effekte auf die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit bleiben? Es mag Reserven geben – jedoch nicht in dieser Höhe.

Die Beratungspraxis ist eher verbesserungsbedürftig. Das lässt nur den Schluss zu, dass wir es mal wieder mit einer der vielen Luftbuchungen der schwarz-roten Koalition zu tun haben.

### Müssen Rentenkürzungen in jedem Fall ausgeschlossen werden?

An dieser Stelle ein paar Anmerkung zu dieser aktuellen Diskussion. Die Renten entwickeln sich in Anlehnung an die Lohnentwicklung. Da die Löhne in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich anstiegen, stiegen auch die Renten automatisch mit. Aktuell könnten die Lohneinkommen jedoch sinken.

Hintergrund dafür sind zwei Aspekte: Die Einbeziehung der „Ein-Euro-Jobs“ in die Berechnung der durchschnittlichen Lohneinkommen sowie sinkende Einkommen bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die durch die Einbeziehung der „Ein-Euro-Jobs“ in die Berechnung entstehenden Effekte sollten bei der Berechnung der Rentenhöhe unberücksichtigt bleiben. Wenn jedoch die Einkommen



Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales

der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sinken, stellt sich die Frage, ob deren Nettoeinkommen zusätzlich durch steigende Beiträge zur Rentenversicherung (d.h. „doppelt“) gesenkt werden - oder ob die Einkommen der RentnerInnen ebenfalls entsprechend den Lohneinkommen sinken.

Sinkende Einkommen bei Beschäftigten und RentnerInnen erscheinen mir aus Gründen der Generationengerechtigkeit solidarischer als „doppelt“ sinkende Einkommen allein der Arbeitenden. Über diese Frage wird der Bundestag in Kürze zu entscheiden haben.

### **Reformen bei Kranken- und Pflegeversicherung tun Not.**

Die Antwort der Koalition lautet: Irgendwann im Laufe des Jahres 2006 werden wir gemeinsame Vorschläge einbringen.

Wie Rot und Schwarz auf einen Nenner kommen wollen, ist mir schleierhaft – gemeinsame Schlagworte sind vorstellbar, aber diese konkret zu füllen, dürfte ähnlich chaotisch werden wie die aktuelle Diskussion um die steuerliche Absetzbarkeit von Kindererziehungskosten.

Am häufigsten hört man von den SozialpolitikerInnen der Koalition das Stichwort „Steuerfinanzierung der kostenfreien Kindermitversicherung“.

Allein mir fehlt der Glaube – im Moment wird die Schraube Steuerfinanzierung genau in die andere Richtung gedreht (s.o.) und von den rot-schwarzen HaushaltspolitikerInnen heißt es: Die SozialpolitikerInnen müssen die Gegenfinanzierung – Vorschläge zur Steuererhöhung – mitbringen.

Hinzu kommt, dass bei einer Beibehaltung des aktuellen Systems entsprechende Zuschüsse an alle Eltern – egal ob gesetzlich oder privat versichert – fließen müssen.

Dies würde privat versicherten Familien die Krankenversicherung verbilligen – warum sollten sie dann freiwillig in der gesetzlichen

Versicherung bleiben, was jetzt noch viele tun?

Es wird zu einer Abwanderung kommen. Das kann nicht unser Ziel sein.

### **Die grüne Bürgerversicherung**

Wir Grünen haben ein schlüssiges und solide durchgerechnetes Modell zur Weiterentwicklung der Krankenversicherung – die grüne Bürgerversicherung.

Was uns fehlt sind die Mehrheiten, diesen Vorschlag umzusetzen. Wir müssen Vorschläge unterstützen, die Schritte in Richtung einer grünen Bürgerversicherung bedeuten, und andere, die eine andere Richtung angeben, verhindern. Aber wir sollten auch überprüfen, ob das Modell der Bürgerversicherung ergänzt werden kann/soll.

Eine spannende Frage ist z. B. die nach Wahloptionen für Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung. So werden z.B. Bonusprogramme oder Selbstbehalte, die in Modellversuchen einzelner Krankenkassen ausprobiert werden, positiv aufgenommen.

Gerade hat die Arbeit in der von mir geleiteten Arbeitsgruppe „Reform der sozialen Sicherungssysteme“ der grünen Bundestagsfraktion begonnen.

Dort werden wir spannende Diskussion führen, die ich auch vor Ort nach Baden-Württemberg tragen möchte.

# Alex Bonde

## Große Mehrheit ohne Mut CDU/SPD sitzen den Haushalt aus

Die Schwarz-Rote Koalition hat im Koalitionsvertrag vollmundig den Erfolg bei der Haushaltskonsolidierung versprochen. Doch in den ersten Wochen der Amtszeit der neuen Regierung ist bislang nicht erkennbar, dass sich die versprochene "Seriosität und Ehrlichkeit" in der täglichen (Haushalts-)Politik von Schwarz-Rot niederschlägt.

Im Gegenteil: Große Mehrheiten machen offensichtlich kleinmütig! Anders kann man es nicht bewerten, dass CDU/SPD sich erst nach den Landtagswahlen Ende März mit ihrem Haushaltsentwurf in den Bundestag trauen. Die angekündigte "Politik aus einem Guss" zeichnet sich nur durch ein Durchwursteln verschiedener Stückwerke aus.

Erstens, wird die Einhaltung des Maastricht-Schuldenkriteriums, das heißt mit der gesamtstaatlichen Neuverschuldung unter drei Prozent zu bleiben, nicht ernsthaft verfolgt.

Denn in der Bilanz des ersten Regierungsjahres geht die Regierung von einer Rekordneuverschuldung von rd. 40 Mrd. € für den Haushalt 2006 aus. Obwohl Rot/Grün im wirtschaftlich schwierigen Haushaltsjahr 2005 den Haushalt mit rund 31 Mrd. € Neuverschuldung hinbekommen hat, will Steinbrück es, trotz deutlich gestiegener Steuereinnahmen und einer angesprungenen Konjunktur, bei der Rekordsumme von 40 Mrd. € Neuverschuldung belassen. Steinbrück wird dann bereits bei einem kleinen Rückgang dieser Summe von

einem Erfolg seiner Regierung sprechen. Um die Auswirkungen dieses maßlosen Vorgehens zu verdeutlichen 40 Mrd. € Neuverschuldung bedeuten zusätzliche

jährliche Zinslasten von 1 Mrd. € (bei einem Prozentsatz von 2,5% Prozent). Hier betreibt die Große Koalition keine Konsolidierungspolitik, sondern belastet die Rechte künftiger Generationen, die Glaubwürdigkeit der Politik gegenüber den Bürgern und auch gegenüber unseren EU-Partnerländern.

Zweitens, wichtige haushaltspolitischen Strukturfragen, wie weitere Reformen bei den Sozialversicherungen, werden nicht in Angriff genommen. Die Politik der „kleinen Schritte“ passt nicht in eine Zeit mit großen Problemen. Durch eine Reihe von Maßnahmen auf der Ausgabenseite versucht Schwarz-Rot, die Haushaltskonsolidierung voran zu bringen. Die angestrebten Einsparungen sind jedoch wenig überzeugend und oft politisch falsch gewichtet. Während an Steinkohlesubventionen und unsinnigen Rüstungsprojekten festgehalten wird, werden die Regionalisierungsmittel (Nahverkehrsprojekte) und bei der Entwicklung des ländlichen Raumes gekürzt. Aus haushalts- und generationengerechter Sicht sind deutliche Schritte zur Senkung der Lohnnebenkosten notwendig.



Mitglied im Haushalts- und Verteidigungsausschuss

Heute liegen die Lohnnebenkosten bei knapp unter 42 %. Schwarz-Rot will die Lohnnebenkosten unter 40% senken und damit auch indirekt den Haushalt entlasten. Die angestrebte Senkung unter 40% ist mit den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen nicht zu schaffen und steht anderen Politikzielen diametral entgegen.

Der Aufwand der betrieben wird, um die Arbeitslosenversicherung um zwei Prozent zu senken, steht im krassen Missverhältnis zum Desinteresse der Große Koalition für weitere notwendige Strukturreformen. Bei der Kranken- und Rentenversicherung wäre noch einiger Reformbedarf vorhanden. Doch diese „Baustellen“ bleiben bestehen und reißen weitere Milliardenlöcher in den Haushalt. Diese Haushaltslöcher können hingegen nur durch die Erhöhung der Lohnnebenkosten wieder gestopft werden. Damit wäre die angestrebte Senkung auf 40% dann wieder aufgehoben.

Ähnlich zwiespältig sind die Aussagen von Schwarz/Rot zum angekündigten Konjunkturprogramm. Das Programm hat ein Gesamtvolumen von 25 Mrd. € (also 6,25 Mrd. € pro Jahr) und beinhaltet eine zweifache Mogelpackung. Zum einen enthält das Investitionsprogramm bereits bestehende Maßnahmen.

Zum anderen ist die Finanzierung des neu hinzu gekommenen Paketanteils nur zur Hälfte durch Privatisierungserlöse gesichert.

Die Finanzierung der anderen Hälfte in Höhe von 12,5 Mrd. € ist ungesichert und muss, sollte sich keine andere Lösung finden, über die Erhöhung der Nettoneuverschuldung erbracht werden.

Auf diese Weise ist die Förderung von Zukunftsbranchen kaum abgesichert.

Drittens, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kann nicht allein durch Einsparungen und Bürokratieabbau geleistet werden. Ohne Bewegung auf der Einnahmenseite wird die Konsolidierung kaum zu bewältigen sein. Die bessere Umsetzung des Steuerrechts sowie die Abschmelzung des Ehegattensplittings und der Abbau der Kohlesubventionen wären einige Beispiele, wie auch über die Einnahmenseite Konsolidierungsbeiträge geleistet werden könnten. Die von Schwarz – Rot für 2007 vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19% ist als Mittel zur Konsolidierung der falsche Weg. Denn wenn es keine deutlichen und zeitnahen Reformbemühungen gibt, werden die gewonnen Erlöse die Haushaltslöcher nur kurzfristig stopfen. Die zu befürchtenden negativen Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur und die ungelösten Probleme bei den Lohnnebenkosten bleiben als Haushaltsrisiken.

Alternativ zum Vorgehen der großen Koalition ist es aus grüner Sicht wichtig, die Ausgaben im Bundeshaushalt neu zu ordnen. In einem Balanceakt muss der vernünftigste Weg zwischen Konsolidieren und Investieren gefunden werden. Wir müssen weiterhin an einer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltspolitik festhalten: eine Haushaltspolitik, die eng verzahnt ist mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik, um die Probleme auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich anzugehen und so generationengerechte Perspektiven zu schaffen.

Eine große Aufgabe für eine kleine Opposition!

## Uschi Eid

### Der Konflikt um Irans Atomprogramm

Die Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm entwickelt sich zur zentralen sicherheitspolitischen Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft.

Dem offenkundigen iranischen Streben nach Atomwaffen gilt es entschieden und mit Geschlossenheit entgegenzutreten und zugleich eine Eskalation des Streits im multilateralen Rahmen diplomatischer Möglichkeiten zu verhindern.

### Regeln des Atomwaffensperrvertrags (NPT), Rolle der IAE0 und EU 3-Verhandlungen

Der Kern des Atomkonflikts besteht darin, dass der Iran auf seinem vertraglichen Recht beharrt, über den Bau von Atomkraftwerken zur Energieversorgung hinaus, auch den gesamten Brennstoffkreislauf zum Betreiben von Atomreaktoren im eigenen Land und somit auch Ausgangsstoffe für den Bau von Atomwaffen herzustellen. Nach dem Nichtverbreitungsvertrag (NPT), dessen Mitglied Iran im Unterschied zu Pakistan, Indien und Israel ist, steht ihm das uneingeschränkte Recht zu, Atomenergie für friedliche Zwecke zu nutzen, auch die Fähigkeit, einen vollständigen Atomkreislauf herzustellen (Urananreicherung, Plutoniumerzeugung, Wiederaufbereitung) gehört hierzu. Durch seine Mitgliedschaft im NPT hat sich Iran jedoch vertraglich dazu verpflichtet, auf den Besitz bzw. die Entwicklung von Atomwaffen zu verzichten. Da die Urananreicherung tatsächlich zu den klassischen Dual-Use-Technologien (friedliche und militärische Nutzung) gehört, muss die vertragsgemäße Nutzung kontrollierbar sein. Zuständig für die Kontrolle ist die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO), die an die Vereinten Nationen

berichtet und die zugleich auf die Kooperation der kontrollierten Staaten angewiesen ist, um dauerhaftes Vertrauen der internationalen Staatengemeinschaft in die ausschließlich friedliche

Nutzung der Atomenergie zu erzeugen. Jeder Vertragsstaat ist verpflichtet, ein Sicherheitsabkommen mit der IAE0 zu schließen, das die Kontrolle der Nuklearaktivitäten erlaubt. Jahrelang haben mangelnde Transparenz und fehlende Kooperationsbereitschaft des Iran gegenüber der IAE0 bei Ausübung ihrer Kontrollrechte Zweifel an der vertrauensvollen Zusammenarbeit des Iran genährt. Eindeutige Verstöße des Irans gegen das Sicherheitsabkommen wurden in 2003 bekannt, als dieser zugeben musste, über 18 Jahre lang an den Aufsichtsbehörden vorbei ein geheimes Nuklearprogramm betrieben und verdeckte Versuchsanlagen zur Urananreicherung gebaut zu haben, die offensichtlich mehr als nur zivilen Nutzungszwecken dienen.

Im November 2003 sah die IAE0 zunächst von einem Bericht über die Verstöße an die UN-Sicherheitsrat ab, da die EU3 (Großbritannien, Deutschland und Frankreich) einen Verhandlungsprozess mit dem Iran aufnahmen, der die Rückkehr zur Vertragstreue und - durch den freiwilligen Verzicht des Irans auf Urananreicherung - die Rückgewinnung international verspielten Vertrauens ermöglichen sollte. Verbindlich verpflichtete sich der Iran, während der Verhandlungen auf seine Aktivitäten zur Urananreicherung und - aufbereitung zu verzichten (



Mitglied im Auswärtigen Ausschuss



Pariser Abkommen Nov. 2004).

Den von den EU3 im August 2005 unterbreiteten Vorschlag zur verstärkten wirtschaftlichen, technischen und politischen Kooperation mit Iran, der auch den Aufbau eines friedlichen iranischen Nuklearprogramms vorsah, wies die neu formierte iranische Regierung ohne eingehende Prüfung zurück und kündigte die Wiederaufnahme der ausgesetzten Urankonversion an. Die EU3 brachen darauf hin die Verhandlungen ab. In seiner Resolution vom September 2005 stellte daraufhin der IAEO-Gouverneursrat formell die Verstöße Irans gegen die Sicherheitsabkommen im Rahmen des NPT fest, verbunden mit der Aufforderung, alle Aktivitäten im Bereich der Atomforschung einzustellen. Um zunächst weitere Gespräche mit dem Iran zu ermöglichen, wurde die Befassung des UN-Sicherheitsrats damals ausgesetzt.

### **Der Fall Iran vor dem UN-Sicherheitsrat**

Entgegen der Aufforderung der IAEO-Resolution und den Warnungen aller 5 ständigen Sicherheitsratsmitglieder hat Iran die Atomforschung im Januar 2006 wieder aufgenommen und damit die internationale Gemeinschaft erneut brüskiert. Weiter ins internationale Abseits manövriert hat sich das iranische Regime nicht zuletzt mit wiederholten Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel und der Leugnung des Holocaust. Sie machen die Bedrohung deutlich, die von Irans fortgesetzten Bemühungen zur Produktion atomwaffenfähigen Materials ausgeht. Zahlreiche Regelverletzungen, Hinhaltenaktik und Teherans politischer Kurs seit der Wahl von Präsident Ahmadineschad haben erheblich dazu beigetragen, dass die Entscheidung des IAEO-Gouverneursrat, im Fall Iran den UN-Sicherheitsrat einzuschalten, unvermeidlich wurde. Erklärtes Ziel ist es, der Forderung nach Suspendierung der Urananreicherung im Iran auf höchster internationaler Ebene gebührend Nachdruck zu verleihen.

Dass die Weltgemeinschaft geschlossen auf

tritt und das Verhalten Irans nicht akzeptiert, ist ein deutliches Signal, aber keineswegs das "Ende der Diplomatie". Die Resolution lässt Raum für eine Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen. Bis zur nächsten regulären Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 6. März hat der Iran die Möglichkeit, zu Verhandlungen zurückzukehren. Eine zentrale Rolle wird hierbei das Angebot Russlands spielen, die iranische Urananreicherung unter internationaler Beteiligung und Aufsicht der IAEO in Russland stattfinden zu lassen, wozu am 16. Februar Gespräche stattfinden sollen. Andernfalls eröffnet die bevorstehende Befassung durch den UN-Sicherheitsrat verschiedene Handlungsmöglichkeiten. Eine Aufforderung an den Iran zur vollständigen Kooperation mit der IAEO wäre ein erster Schritt, dem Sanktionen politischer Art bis hin zu Wirtschaftssanktionen folgen könnten.

Die Verschärfung des innen- wie außenpolitischen Kurses der iranischen Führung ist besorgniserregend. Auch deshalb muss die internationale Gemeinschaft den politischen Druck auf die iranische Regierung aufrechterhalten und gegebenenfalls erhöhen. Für die Bundesregierung heißt dies, sich gemeinsam mit ihren Partnern in der EU weiterhin für eine diplomatische Lösung des Konflikts einzusetzen. Auch die arabischen Nachbarländer haben sich deutlich gegen einen möglichen Atomwaffenbesitz Irans ausgesprochen. Mittel- bis langfristig muss eine Konfliktlösung auch mithilfe der iranischen Zivilgesellschaft gesucht werden. Der Internationale Konsens, dass Iran nicht über Atomwaffen verfügen darf ist durch die eindeutige Abstimmung im IAEO-Gouverneursrat bekräftigt worden. In dieser für die internationale Sicherheit zentralen Angelegenheit dürfen keine Fragen offen bleiben. Auch deshalb ist es richtig, dass sich nun der UN-Sicherheitsrat mit dem Fall Iran befassen wird, auch um die Glaubwürdigkeit des Atomwaffensperrvertrags und der Wiener Behörde zu stärken.

## Winne Hermann

### Fußball-WM 2006 – Alles „voll im Plan“?

Im Januar wurde vom Bundeskabinett der 6. Fortschrittsbericht über den Stand der Vorbereitungen zur Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland verabschiedet. Wie üblich lautete der Kernsatz: „Alles voll im Plan bei den Vorbereitungen.“

Vielleicht hätten die WM-Planer der Bundesregierung mal vorher in die Zeitungen schauen sollen. Denn dann wären sie vielleicht zu einem etwas anderen Ergebnis gekommen und hätten einige Themenfelder rund um die Fußball-WM etwas aufmerksamer bearbeitet.

Die Stiftung Warentest hat mit ihrer Studie zur (Un)sicherheit der WM-Stadien die Verantwortlichen ganz schön durcheinander gebracht. Es hagelte Übertreibungen auf beiden Seiten: Mit „Rote Karte für WM-Stadien“ lag die Stiftung Warentest genauso daneben wie Beckenbauers „Olivenöl und Staubsauger“-Replik.

Statt dessen wäre von Beginn an ein sachlicher Dialog notwendig gewesen.

Jetzt zeigen sich Stadionbetreiber und das WM-Organisationskomitee schon ein Stück offener und haben angefangen, die Liste der tatsächlichen Mängel abzarbeiten. Aber auch das gehört zur Vollständigkeit dazu: Die Tester der Stiftung Warentest haben ihre Vorgehensweise und ihre Kriterien nicht so offen gelegt, wie es für eine derartig

öffentlichkeitswirksame Studie hätte sein müssen.

Gleich zu Beginn des Jahres gab es aber noch weitere wenig weltmeisterliche Hiobsbotschaften. Ebenso überraschend kam die

Absage der WM-Eröffnungsgala in Berlin durch den Welt-Fußball-Verband FIFA. Die FIFA hat sich dabei mit ihrer kaum nachvollziehbaren Begründung, der Rasen des Berliner Olympiastadions wäre vor dem ersten WM-Spiel nicht mehr wieder herstellbar gewesen, ein schönes Eigentor geschossen. Jetzt wird das Land Berlin ein Eröffnungsfest vor dem Brandenburger Tor veranstalten.

Es spricht für den sportpolitisch mageren Start der großen Koalition, dass die Bundesregierung bis jetzt nur sehr wenig an Unterstützung angeboten hat. Die WM-Party steigt – die Bundesregierung schweigt! Meine Hoffnung ist, dass auch weiterhin die Verbindung von Fußball und Kultur herausgestellt werden kann und wir nicht in ein kommerzielles Allerlei abdriften.

Denn Rot-Grün hat in den letzten Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass viele Kunst- und Kulturprojekte schon im Vorfeld der Fußball-WM durchgeführt werden. Eine Fußball-WM ist eben mehr als nur ein sportliches Highlight!



Mitglied im Sport- und Verkehrsausschuss

## Bahn-Börsengang mit Netz – ohne uns!

Grüne Bahnpolitik will den Verkehrsträger Schiene stärken. Unter Rot-Grün konnten wir die Investitionen in die Schiene massiv ausweiten.

Unser Ziel war und ist es, die Schiene gerade auch im Verhältnis zur Straße wettbewerbsfähiger zu machen. Weiterhin hat das Bahnsystem auch einen öffentlichen Infrastrukturauftrag zu erfüllen und Mobilität zu sichern. Der Beitrag der Schiene zu einem nachhaltigeren Klima- und Umweltschutzprogramm ist schon heute sehr groß und muss noch ausgebaut werden.

Eine Strategie "Weg vom Öl" ist im Verkehr ohne die Schiene nicht zu erreichen. Ohne die Bahnen würde Deutschland im Dauerstau ersticken. Die verkehrspolitische Vernunft gebietet es daher, die Rahmenbedingungen für ein langfristiges und dauerhaftes Wachstum dieses Verkehrsträgers in einem integrierten Verkehrssystem zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund haben wir das durch einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestags veranlasste Gutachten durch das Beratungsunternehmen Booz Allen & Hamilton kritisch gelesen und bewertet. Dort wurden fünf Privatisierungsvarianten untersucht: Der integrierte Börsengang mit Netz, so wie ihn die Deutsche Bahn AG favorisiert und vier Varianten ohne Netz, bei der die komplette Herauslösung des Netzes aus dem DB-Konzern als Trennungsmo-  
dell den anderen Pol der diskutierten Privatisierungsvarianten markiert.

Die Ergebnisse des Gutachtens bestärken unsere "grünen Argumente" der letzten Jahre.

Das zentrale Ziel der Bahnreform "Mehr Verkehr auf der Schiene" kann nur erreicht werden, wenn das Netz von den Transportgesellschaften getrennt wird.

Beim integrierten Börsengang mit Netz würde das System Schiene hingegen zur "Schrumpfbahn". Das Schienennetz darf daher nicht den Renditeinteressen eines privaten Investors unterworfen werden, denn dieser würde alles abstoßen, was sich nicht rechnet. Kritisch sehen wir hingegen die Berechnungen der Gutachtens, nach denen ein Börsengang mit Netz die größte Haushaltsentlastung für den Bund bringen würde.

Dies ist in weiten Teilen nicht nachvollziehbar. Völlig unakzeptabel für uns ist die Ankündigung der Vorsitzenden der Bahngewerkschaften Transnet und GdBA, die Fußball-WM bestreiken zu wollen, sollte sich der Bundestag gegen den integrierten Börsengang mit Netz entscheiden.

Wir verbitten uns eine Einmischung der Gewerkschaften in diese Entscheidung, so wie diese mit gutem Recht auf ihre Tarifautonomie pochen.

Fraglich ist zudem, wer einem solchen Streikaufruf folgen würden. Schließlich sind die meisten Eisenbahner auch Fußballfans, die stolz darauf sind, die "Welt zu Gast bei Freunden" an Bord des nationalen Förderers Deutsche Bahn zu haben.

# Sylvia Kotting Uhl

## Grünes Endlagersuchgesetz

Seit dem ersten rot-grünen Koalitionsvertrag und dem Moratorium für Gorleben stand das Endlagersuchgesetz auf der Agenda. Aus dem niedersächsischen Landesverband der Grünen kommt nun nach dem Regierungswechsel erneuter Druck einen Gesetzentwurf einzubringen, um einer stillschweigenden Übernahme der Vorfestlegung der Atomkraftbetreiber auf Gorleben durch die neue Bundesregierung einen Riegel vorzuschieben.

Unsere Position ist eindeutig: Wir wollen ein transparentes, ergebnisoffenes und vergleichendes Suchverfahren, das wissenschaftlich betrieben wird und von den Verursachern des Atommülls zu finanzieren ist. Wir wissen, dass eine solche Suche auch den Standort Schwarzwald mit in den Blick nehmen wird. Anders als bestimmten Kräften in Baden-Württemberg geht es uns aber nicht vorrangig darum, den Atommüll möglichst weit weg vom eigenen Land endzulagern. Wir bestehen darauf, einen möglichst verantwortbaren Standort für das Endlager zu finden.

(Mit größter Wahrscheinlichkeit wird das der Schwarzwald so wenig sein wie Gorleben!)

Das BMU hat in den letzten Jahren an einem Gesetzentwurf gearbeitet, der sowohl das unabhängige Suchverfahren wie die Finanzierung durch die Atommüll-Produzenten sicherstellen sollte.

Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit dem Koalitionspartner wurde dieser fast fertige Entwurf nie ressortabgestimmt und eben auch nicht eingebracht. Nichtsdestoweniger war das Gesetz auf einen zu erzielenden Kompromiss mit der SPD hin entworfen, die in der Energiepolitik (wie auch in anderen Feldern) den Konzernen deutlich weniger fern steht als wir Grünen.

Ich fand und finde den Gesetzentwurf des BMU in fast allen Bereichen zustimmungsfähig - vor allem hinsichtlich der sachlichen Kriterien für eine Eignung bzw. Nicht-Eignung potenzieller Standorte. In einem entscheidenden Punkt aber habe ich deutliche Kritik: Nach meiner Überzeugung kann der Träger des Verfahrens nicht – wie im Gesetzentwurf vorgesehen - ein von den AKW-Betreibern zu gründender Verband sein. Man kann sich die Leidenschaft vorstellen, mit der die eindeutig auf Gorleben festgelegte Atomlobby eine objektive und ergebnisoffene vergleichende Standortsuche betreiben würde.

Selbst wenn über den Vorschlag für ein atomares Endlager letzten Endes der Deutsche Bundestag entscheidet, so entscheidet doch allein der Verband, welcher Standort dem Bundestag vorgeschlagen wird – lediglich von



Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

einer Stellungnahme der vom BMU einzusetzenden „Endlager-Kommission“ begleitet.

Der Arbeitskreis Umwelt der Bundestagsfraktion hat sich nach einigen Debatten nun einstimmig dafür entschieden, an diesem Punkt vom bisherigen Gesetzentwurf abzuweichen und bis zum Jahrestag von Tschernobyl (26. April) einen Antrag in den Bundestag einzubringen, der dem bisherigen Gesetzentwurf in den wesentlichen Prämissen und wissenschaftlichen Kriterien folgt. Es wird jedoch kein Verbandsmodell favorisiert, sondern die Verantwortung soll in politischer Hand verbleiben.

Es gibt außerhalb unseres AK Bedenken, ob die Finanzierung der Suche durch die AKW-Betreiber dann gewährleistet sei. Ich meine, dass es eine Gewährleistung hierfür überhaupt nicht gibt, auch nicht beim Verbandsmodell, da die Betreiber mehrfach erklärt haben, ein neues Suchverfahren für überflüssig zu halten und sich an ihm finanziell (freiwillig) nicht zu beteiligen. Das Angebot des Verbandsmodells könnte also ins Leere laufen. Außerdem – und das ist für mich das gewichtigere Argument – kann bei einer Aufgabe von solcher Reichweite der entscheidende Maßstab nicht die Finanzierbarkeit, sondern muss die Verantwortbarkeit sein. Ganz ernst gemeint ist dieser Begriff hier sowieso kaum benutzbar, aber so nah wie möglich müssen wir der Verantwortbarkeit bei der Auswahl des Standorts kommen. Wenn der (möglichst) sichere Abschluss des jahrtausendelang strahlenden Atommülls vor der Biosphäre keine hoheitliche Aufgabe des Staates ist – was dann!

Wir werden die alte grüne Forderung die Steuerfreiheit der Rückstellungen der AKW-Betreiber für Rückbau und Entsorgung der Atomkraftwerke aufzuheben erneut in die Debatte bringen und ein Konzept für einen öffentlich-rechtlichen Fonds vorschlagen, aus dem die Endlagersuche finanziert werden kann.

Der Antrag wird von uns also nicht mehr vor der Landtagswahl in den Bundestag eingebracht und enthebt damit manche grüne Schwarzwälder der Sorge, dass es der CDU gelingen könnte, die Bevölkerung gegen uns mit dem Motto aufzubringen „Die Grünen wollen euch den Atommüll in den Schwarzwald kippen.“ Ich rate trotzdem dazu, im Wahlkampf die Endlagerfrage innerhalb der Energiepolitik zu thematisieren.

Wer wie Oettinger unverdrossen die Verlängerung der Laufzeiten für AKW und damit die weitere Vermehrung des Atommülls fordert, der muss auch Antwort darauf geben, was mit diesem Müll passieren soll. In Gorleben wäre er für Baden-Württemberg aus den Augen, aus dem Sinn – was für eine schön-pragmatische Lösung.

Den BürgerInnen in Baden-Württemberg klar zu machen, dass Gorleben sich als Endlager nicht eignet und bei einer ergebnisoffenen vergleichenden Suche auch der Schwarzwald in den Fokus gerät, könnte ihnen in Erinnerung rufen, dass die Produktion von Atomstrom immer auch die Produktion von Atommüll bedeutet.

# Fritz Kuhn

## Grüne Marktwirtschaft

Boomender Export bei schwächelnder Binnenkonjunktur, steigende Unternehmensgewinne und Abbau von Arbeitsplätzen: Die Probleme der deutschen Volkswirtschaft lassen sich mit den Antworten der klassischen ökonomischen Denkschulen allein nicht in den Griff bekommen.

Von der Politik sind neue Strategien gefragt. Doch die große Koalition lässt einen klaren Kurs vermissen. Ausgabenprogramm steht neben Mehrwertsteuererhöhung – Konjunkturprogramm neben Konjunkturverhinderungsprogramm.

Nichts als kurzfristige Standardantworten bieten auch PDS und FDP. Rücknahme der Strukturreformen in Arbeit und Rente lautet die Devise der einen, runter mit Steuern und Sozialleistungen die der anderen.

Als einzige der Oppositionsparteien stehen wir für Antworten jenseits einseitiger Deregulierung oder Staatsfixiertheit. Grüne Marktwirtschaft heißt unsere Alternative zur Richtungslosigkeit der rot-schwarzen Regierung in der Wirtschaftspolitik.

### Grüne Marktwirtschaft geht neue Wege

In sieben Jahren rot-grüner Regierung haben wir eine Reihe überfälliger Reformen von der ökologischen Steuerreform bis zur Agenda 2010 auf den Weg gebracht.

Nicht alles haben wir erreicht, dennoch waren wir trotz Widerständen beim Koalitionspartner und im Bundesrat oft Motor der Koalition.

Wir treten auch weiterhin für Strukturreformen und neue Wege zu einer ökologischen Wirtschaftspolitik ein, weil wir überzeugt sind von ihrer Notwendigkeit zum Erhalt unseres Sozialstaats.



Fraktionsvorsitzender

Die Kosten unserer Sozialversicherungssysteme

wollen wir in Zukunft stärker durch Steuern finanzieren. So machen wir Arbeit attraktiver ohne soziale Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Auf dieser Idee basiert beispielsweise unser Progressivmodell.

Damit senken wir gezielt die Lohnnebenkosten im Niedriglohnbereich. Nach unserer Vorstellung sollen die Sozialabgaben ab dem ersten Euro Verdienst progressiv ansteigen.

Die volle Höhe der Sozialbeiträge wird erst ab einem Einkommen oberhalb von 2000 Euro fällig. Im Gegensatz zum Kombilohnmodell der Regierung schafft das neue Beschäftigung im Bereich geringqualifizierter Tätigkeiten ohne reguläre Arbeitsplätze zu verdrängen.

### Grüne Marktwirtschaft setzt auf Ressourcen

Die Standortdebatte ist bislang einseitig auf Kostensenkung im Bereich Arbeit und Steuern fixiert. Dabei machen im produzierenden Gewerbe Personalausgaben gerade ein Fünftel der Kosten aus, Material- und Energiekosten hingegen 60 Prozent.

Unser Ziel ist es, rohstoff- und energiebedingte Kosten gleichberechtigt mit Steuern und Abgaben zu diskutieren. Im Rohstoffverbrauch liegen erhebliche Rationalisierungspotentiale. Doch zählt nicht allein das Kostenargument. Um Rationalisierungseffekte zu erzielen, bedarf es der Entwicklung neuer Technologien und Produkte. Wer bei diesen Innovationen die Nase vorn hat, profitiert auf

dem Weltmarkt. Wir reduzieren also nicht nur unsere Rohstoffabhängigkeit, sondern fördern ressourcenleichtes Wachstum sowie Beschäftigung. Mit unserer Strategie „Weg vom Öl“ haben wir diesen Weg bereits begonnen. Die Ressourcenfrage betrifft nicht nur Rohstoffe und Energie. Dazu zählt ebenso das Wissen und die Fähigkeiten der Menschen. Unser geistiges Kapital ist unsere wichtigste Ressource. Im internationalen Wettbewerb liegen Deutschlands Chancen in der Produktion wissensintensiver Güter und Dienstleistungen. Investitionen in Bildung und Forschung sind neben materiellen Rohstoffen der zweite Pfeiler unserer Innovationsstrategie. Die Mittel dafür müssen wir dringend weiter erhöhen.

### **Grüne Marktwirtschaft braucht Wettbewerb und Unternehmer**

Faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen ist ein zentrales Anliegen unserer Politik. Ein funktionierender Wettbewerb bedient am ehesten die Bedürfnisse der Verbraucher, Monopolstrukturen wie etwa im Stromsektor stehen ihnen entgegen. Verbraucherinteressen gilt es besser im Kartellrecht zu verankern; die Ministererlaubnis halten wir hingegen für ein falsches Instrument. Fairer Wettbewerb zeigt sich auch darin, Existenzgründer nicht mit überkommenen Auflagen zu belasten. Darum wollen wir den Meisterzwang aufheben, das erfolgreiche Instrument der Ich-AGs für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit aber erhalten. Auch im Bereich Unternehmensfinanzierung ist die Politik gefragt. Der Markt für Risikokapital ist so zu gestalten, dass es für Investoren wieder attraktiver wird in junge Unternehmen in Deutschland zu investieren.

Dies waren nur einige Kernpunkte unsere Konzepts „Grüne Marktwirtschaft“. Weitere will ich hier nur anreißen:

- **Grüne Marktwirtschaft braucht moderne Industriepolitik**, die auf Ressourceneffizienz und Förderung regenerativer Energien setzt.
- **Grüne Marktwirtschaft steht für Neustart Ost**: weg von überdimensionierten Infrastrukturprojekten, hin zu einer gezielten Förderung von Forschung und Technologie
- **Grüne Marktwirtschaft will Frauen ganz oben**: Die Dominanz von Männern in den Führungsetagen ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, sondern angesichts der demographischen Entwicklung ebenfalls eine Frage der Ressourcen.
- **Grüne Marktwirtschaft denkt in makroökonomischen Zusammenhängen**: Dabei beschäftigt uns die Stärkung der Binnennachfrage ebenso wie die Rolle der Geld- und Fiskalpolitik und die Haushaltskonsolidierung.

Bei all dem steht für uns im Vordergrund die Frage, wo neue Beschäftigung entstehen kann. Ökologische Wirtschaftspolitik hat enorme Beschäftigungspotenziale eröffnet. Aufholbedarf haben wir im Dienstleistungsbereich, Chancen bietet aber auch die Gesundheitsbranche. Für die Ideenwerkstatt Bundestagsfraktion heißt das: Es bleibt viel zu tun.

Euer  
Fritz Kuhn

## GERHARD SCHICK

### Grüne setzen auf Wettbewerb

Unter der Überschrift „Grüne Marktwirtschaft“ steht das wirtschaftspolitische Papier der Bundestagsfraktion, das bei der Klausur in Wörlitz zu Beginn dieses Jahres diskutiert wurde. Ziel war es, unser wirtschaftspolitisches Profil zu schärfen und neue WählerInnen zu gewinnen. Gerade unter kleinen und innovativen UnternehmerInnen wissen viele: Mit Grünen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben. So ist es kaum verwunderlich, dass viele Start-ups sich mit Geschäftsfeldern wie Materialeffizienz, erneuerbaren Energien und ökologischem Bauen beschäftigen. Diese Gruppe kreativer und nachhaltig wirtschaftender UnternehmerInnen müssen wir stärker an die Partei binden, indem wir ein attraktives Programmangebot machen. Wir müssen uns in diesem Bereich profilieren und unsere Kompetenzzuschreibungen verbessern.

Dafür halte ich eine andauernde, breite Debatte innerhalb von Partei und Fraktion für notwendig. Das Papier nennt dazu ein breites Spektrum an Themenbereichen, mit denen wir uns künftig beschäftigen wollen: von Rohstoff- und Energieeffizienz über ein klares Bekenntnis zu einem funktionierenden Wettbewerb als angewandtem Verbraucherschutz bis zum Innovationsproblem Männerdominanz, von der Stärkung der Binnennachfrage über Venture Capital bis zur Transparenz und Kontrolle der Finanzmärkte.

Das wirtschaftspolitische Papier der Grünen Bundestagsfraktion steht im Netz unter

[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

### Hot Spot AG Wirtschaft und Arbeit

Ort ausführlicher

Diskussion ökonomischer

Themen sind in der Grünen Bundestagsfraktion die Sitzungen der Arbeitsgruppe Arbeit und Wirtschaft. Die Arbeitsgruppe soll Debattenbeiträge liefern und uns Abgeordneten Zeit und Raum geben, sich mit Hilfe externer ExpertInnen intensiv mit aktuellen und dauerhaft relevanten wirtschaftspolitischen Themen zu beschäftigen.

Zu einer Kerngruppe kommen jeweils themenbezogen weitere Abgeordnete hinzu – seit Anfang dieses Jahres trifft sich die Gruppe unter meiner Leitung.

Über allem thront die Frage: Wo kommen neue Arbeitsplätze her?

Die BDK in Oldenburg hat dafür den Begriff „Grünes Arbeitsmarktszenario 2020“ gewählt. Unsere Fraktionsarbeitsgruppe will einen Beitrag leisten, dieses Szenario mit Inhalten auszufüllen und Antworten auf die Arbeitsplatzfrage zu liefern.

### Offene Immobilienfonds versetzen Finanzmärkte in Aufregung

In den Finanzteilen der Zeitungen spielt das Thema offene Immobilienfonds eine immer größere Rolle. Die Verunsicherung unter den



Mitglied im  
Finanzausschuss



AnlegerInnen ist nicht zu übersehen:

Seit der Fonds „Grundbesitz-Invest“ der Deutschen Bank Liquiditätsschwierigkeiten gemeldet hat, sind allein im Dezember drei Milliarden Euro abgeflossen.

Noch ist unklar, wie die Bundesregierung das Investmentmodernisierungsgesetz ändern will, in dem die Immobilienfonds geregelt sind. Deswegen werden wir selbst aktiv und werden voraussichtlich einen Antrag in den Bundestag einbringen und darin die Bundesregierung auffordern, durch gesetzliche Maßnahmen das Anlegervertrauen wieder herzustellen.

### Die erste Rede im Bundestag ...

Es war ein Sprung ins kalte Wasser:

Relativ unerwartet bin ich zu meiner ersten Rede im Bundestag gekommen. Anlass war eine von der Fraktion der Linkspartei beantragte Aktuelle Stunde zum Thema Mehrwertsteuererhöhung. Für unsere Fraktion bin ich in den Ring gestiegen. Fünf Minuten freudige Anspannung, Spitzen gegen FDP und Linkspartei und die klare Aussage, dass eine Mehrwertsteuererhöhung zur Haushaltskonsolidierung kontraproduktiv ist.

Und das ganze – trotz Zwischenrufen – innerhalb der Redezeit. Die zweite Rede kann kommen ...

## Neues aus meinen Büros

### Mannheim

Mein Wahlkreisbüro steht.

Am Freitag, 03. Februar, war offizielle Eröffnung mit geladenen Gästen und einem anschließenden Empfang für alle MannheimerInnen. Ich habe vom Grünen Kreisverband einen Raum angemietet. So sind Partei und Wahlkreisbüro zwar räumlich getrennt, wie sich das gehört, aber doch so nah beieinander, dass eine sehr gute Zusammenarbeit gewährleistet ist.

Sie liegt mir ebenso am Herzen wie ein enger Austausch mit der fünfköpfigen Gemeinderatsfraktion und hoffentlich bald auch den beiden Grünen Landtagsabgeordneten aus Mannheim. Über mein Wahlkreisbüro will ich auch Kontakt halten zu den Kreisverbänden im ganzen Land: Anfragen für Veranstaltungen sind immer willkommen – nicht nur im Wahlkampf.

### Berlin

Das Bundestagsbüro ist komplett:

Seit Anfang des Jahres arbeitet Philip Bohle als zweiter wissenschaftlicher Mitarbeiter in meinem Berliner Büro. Der Volkswirt ist seit 2003 in der Bundestagsfraktion und betreut für mich vor allem die AG Wirtschaft und Arbeit sowie die europäische Finanzpolitik.

## LINKLISTE

Papier „Grüne Marktwirtschaft“

<http://www.fritz-kuhn.de/de/start/aktuelles/060111-Woerlitz-Wirtschaft.shtml>)

Autorenpapier : Steuerliche Förderung von Kinderbetreuung

[http://www.kerstin-andreae.de/neu/fla\\_version/xtf/Autorenpapier%20Kinderbetreuung%20Andreae Berninger%20260106.pdf](http://www.kerstin-andreae.de/neu/fla_version/xtf/Autorenpapier%20Kinderbetreuung%20Andreae%20Berninger%20260106.pdf)



### Kerstin Andreae

Mitglied im Finanzausschuss  
Platz der Republik 1, Berlin  
Mitarbeit: Rita Maria Lienesch (Büroleitung), Ulrich Metzger, Claudio Struck (Finanz- und Kommunalpolitik),  
Tel. 030/227-71480, Fax -76481  
[kerstin.andreae@bundestag.de](mailto:kerstin.andreae@bundestag.de)  
[www.kerstin-andreae.de](http://www.kerstin-andreae.de)  
Wahlkreis: Per Klabundt, Holger Haslacher Str. 61, Freiburg,  
Tel. 0761/88867-13, Fax -14

### Biggi Bender

Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales  
Platz der Republik 1, Berlin  
Mitarbeit: Annette Rausch (wissenschaftliche Mitarbeiterin), Astrid Spiegel (Büroleitung),  
Tel. 030/227-71667, Fax -76667  
[birgitt.bender@bundestag.de](mailto:birgitt.bender@bundestag.de)  
[www.biggi-bender.de](http://www.biggi-bender.de),  
Wahlkreis: Sandra Weber  
Hermannstr. 5a, Stuttgart,  
Tel. 0711/26346177, Fax 6151725



### Alexander Bonde

Mitglied im Haushaltsausschuss und Verteidigungsausschuss  
Platz der Republik 1, Berlin  
Mitarbeit: Jutta Albrecht (Haushalt), Thorsten Arzbach (Verteidigung), Benke, Bielawski, Paschedag,  
Tel. 030/227-71691, Fax. -76991  
[alexander.bonde@bundestag.de](mailto:alexander.bonde@bundestag.de)  
[www.alexander-bonde.de](http://www.alexander-bonde.de)  
Wahlkreis: Marco Dieterle, Karl-Friedrich-Str. 40, Emmendingen,  
Tel. 07641/954545, Fax. 954546





### Uschi Eid

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss  
 Platz der Republik 1, Berlin  
 Mitarbeit: Cordula Hamschmidt  
 (Globalisierung/Entwicklungspolitik),  
 Nina Odenwälder (Büroleitung)  
 Tel. 030/227-71575, Fax -76233  
 uschi.eid@bundestag.de  
 www.uschi-eid.de  
 Wahlkreis: Astrid Linnemann  
 Plochinger Str. 8, 72622 Nürtingen  
 Tel. 07022/37234, Fax 07022/37321  
 uschi.eid@wk.bundestag.de



### Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender  
 Platz der Republik 1, Berlin  
 Mitarbeit: Marcus Becher (Büroleitung), Boris  
 Dehler, Marianne Tritz, Astrid Evert  
 (wissenschaftliche Mitarbeit), Sandra Volkmann,  
 Caroline Junge (Büro)  
 Tel. 030/227-71897, Fax -76896  
 fritz.kuhn@bundestag.de  
 www.fritz-kuhn.de  
 Wahlkreis: Irene Gebauer  
 Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,  
 Tel. 06221/167611, Fax. 24908



### Winfried Hermann

Sportausschuss, Verkehrsausschuss  
 Platz der Republik 1, Berlin  
 Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt)  
 Michael Baumbach (Sport), Derek  
 Ladewig (Verkehrspolitik)  
 Tel. -71949, Fax -76399  
 winfried.hermann@bundestag.de  
 www.winfriedhermann.de  
 Wahlkreis: Jenny van Heeswijk,  
 Chris Kühn, Rümelinstr. 8, Tübingen,  
 Tel. 07071/252757, Fax. 252757



### Sylvia Kotting Uhl

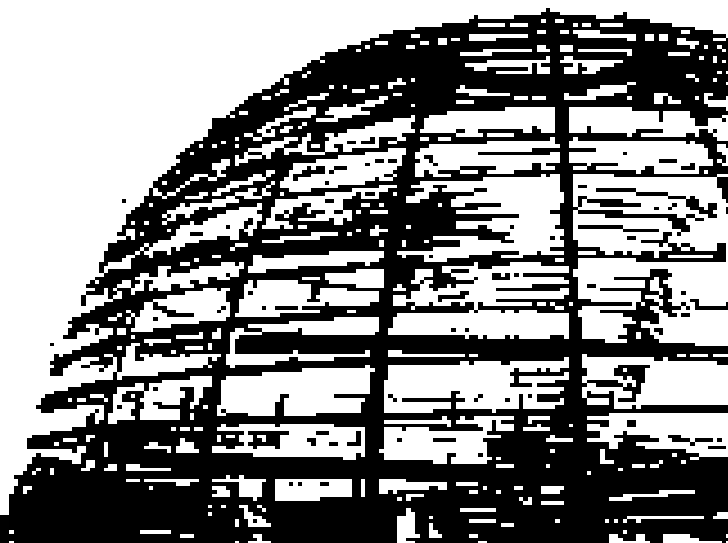
Mitglied im Ausschuss für Umwelt,  
 Naturschutz und Reaktorsicherheit,  
 Mitglied im Verkehrsausschuss  
 Platz der Republik 1, Berlin  
 Mitarbeit: Jörg Kaschubowski,  
 Michael Weltzin  
 Tel. 030/227-74742, Fax -76742  
 sylvia.kotting-uhl@bundestag.de  
 www.kotting.uhl.de  
 Wahlkreis 1: Inge Behner  
 Hauptstr. 41, Neckargemünd  
 Wahlkreis 2: Ulrike Maier  
 Sophienstr. 58, Karlsruhe



### Gerhard Schick

Mitglied im Finanzausschuss  
 Platz der Republik 1, Berlin  
 Mitarbeit: Philipp Bohle, Claudia  
 Tober (wissenschaftliche Mitar-  
 beit) Kirsten Schiller (Büroleitung)  
 Tel. 030/227-74535, Fax -76656  
 gerhard.schick@bundestag.de  
 www.gerhardschick.net  
 Wahlkreis:  
 Thomas Hornung, Damian  
 Wiench  
 Waldhofstr. 4, Mannheim  
 Tel. 06214017252 Fax. -8469

MEHR  
UNTER  
WWW.GRUENE-  
FRAKTION.DE



## Ein Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN

SÜDWEST GRÜN wird via Internet als pdf-Datei versandt, d.h. SÜDWEST GRÜN kann einfach mit Acrobat Reader geöffnet werden. Diesen elektronischen Rundbrief dürft ihr gerne an andere Interessierte, Freundinnen und Freunde weiterleiten.

Wer SÜDWEST GRÜN regelmäßig beziehen will und noch nicht im Verteiler ist, kann sich durch eine Mail an: [alexander.bonde@bundestag.de](mailto:alexander.bonde@bundestag.de) aufnehmen lassen.

Ein einfaches „In den Verteiler SÜDWEST GRÜN“ im Betreff reicht aus. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Alle Ausgaben von SÜDWEST GRÜN und weitere Informationen über die Landesgruppe BadenWürttemberg von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag sind demnächst auch im Internet zu bekommen unter:

[www.suedwestgruen.de](http://www.suedwestgruen.de) oder [www.landesgruppe-bawue.de](http://www.landesgruppe-bawue.de).

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Ihr seid unser wichtigstes Bindeglied nach Hause. Für uns ist es wichtig zu wissen, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in ständigem engen Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin.

Eure Ideen, euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer parlamentarischen Arbeit.



**Bundestagsfraktion**

Rundbrief der baden-württembergischen  
Grünen im Bundestag

*V. i. S. d. P.*

*Alexander Bonde, MdB*

*Platz der Republik 1, 11011 Berlin*

*Redaktion: Ulrike Paschedag*

*Telefon: 030/227-71691*

*Fax: 030/227 76991*

*E-Mail: [alexander.bonde@bundestag.de](mailto:alexander.bonde@bundestag.de)*

*<http://www.alexander-bonde.de>*